



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 8 - V - 4 0 - 0 0 0 7
 (Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: Dezernat(e) VI

Zusätzlicher befristeter Personalbedarf bei 4003 wg. Mittelzusetzung

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Imholz

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden, 12.03.2018

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

 gez. Imholz
 Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 12.707.890,13 €
 in %: 14,5 %

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperre, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	X	2018	Personalkosten	170.679		170.679	1300018	630098	Reste aus den Instandhaltungsmitteln Amt 40
	X	2019	s.o.	344.738		344.738	1300018	s.o.	Reste aus den Instandhaltungsmitteln Amt 40
Summe einmalige Kosten:				515.417					

	x	2020	s.o.	348.117		348.117	1300018	s.o.	Zusetzung
	x	2021	s.o.	351.497		351.497	1300018	s.o.	Zusetzung
	x	2022	s.o.	177.438		177.438	1300018	s.o.	Zusetzung
Summe Folgekosten:				877.052					

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung: HMS Oktober 2017

Für das Jahr 2018 könnten Reste aus den Instandhaltungsmitteln 2017 bei Amt 40 zur Deckung herangezogen werden. Auch für 2019 sind Mittel des Dezernates zur Verfügung zu stellen. Für die folgenden Jahre müssten die Personalkosten allerdings zugesetzt werden, auch wenn Personal aus der Verwaltung gewonnen werden kann. In der Regel dauert der Bau einer Schule (Planung bis Umsetzung) knapp 5 Jahre. Aus diesem Grund werden die geforderten Stellen auf diesen Zeitraum zunächst befristet.

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Das Schulamt hat für die Haushaltsjahre 2018/19 mehr Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, um den Sanierungsstau und den hohen Bedarf an Instandhaltungen abzubauen sowie zusätzliche Flächen herzustellen und damit dem zunehmenden schulischen Bedarf Rechnung zu tragen. Mit dem derzeit vorhandenen Personal ist dieses Zielvorhaben nicht zu erreichen.

Anlagen:

1. Projektauftrag zur Umsetzung der neuen Großbauprojekte
2. Projektstruktur

C Beschlussvorschlag:

Es wird zur Kenntnis genommen:

1. Im Zuge der Haushaltsplanberatungen zum Haushalt 2018/2019 Mittel in Höhe von 2.390.000 € für das Haushaltsjahr 2018 und 4.405.000 € für das Haushaltsjahr 2019 für Instandhaltungsmaßnahmen im Schulbereich zugesetzt wurden.
2. Im Zuge der Haushaltsplanberatungen zum Haushalt 2018/2019 Mittel in Höhe von 4.988.000 € für das Haushaltsjahr 2018 und 8.221.000 € für das Haushaltsjahr 2019 für Investitionsmaßnahmen im Schulbereich zugesetzt wurden.
3. Vier weitere Schulbauprojekte als Mietmodell durch die WiBau abgewickelt werden sollen.
4. Für eine zügige Umsetzung der dadurch möglichen Instandhaltungs- und Investitionsvorhaben befristet zusätzliches Personal erforderlich ist.

Es wird beschlossen:

5. Reste aus den Instandhaltungsmitteln 2017 bei Amt 40 werden zur Finanzierung des zusätzlich erforderlichen Personals im Jahr 2018 herangezogen (170.679 €). Dezernat VI/20 wird in Verbindung mit VI/40 mit der Umsetzung beauftragt.
6. Dem Schulamt werden in 2019 aus Dezernatsmitteln (CO/IM) 344.738 € für die Personalkosten zur Verfügung gestellt.
7. Für die Jahre 2020 - 2021 ist die Finanzierung der Personalkosten in Höhe von 699.614 € im Rahmen der Haushaltsplanberatung zu entscheiden.
8. Für das Jahr 2022 ist die Finanzierung der Personalkosten in Höhe von 177.438 € im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.
9. Das Schulamt erhält für die Zeit von fünf Jahren befristet zwei weitere Stellen (Stellenwert E10/A11) für das Management großer Schulbauprojekte.
10. Das Schulamt erhält für die Zeit von fünf Jahren befristet zusätzlich zwei weitere Stellen (Stellenwert E9/A9) für den Bereich der Instandhaltung.
11. Wird gleichzeitig die in Vollzeit besetzte Stelle Nummer 1665 im Haushalt 2020/2021 den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst (ist budgetneutral).
12. Dem beigefügten Projektauftrag wird zugestimmt.
13. Der beigefügten Projektstruktur wird zugestimmt.

14. Es wird jährliche Berichte geben, die einen Überblick über den Stand der Maßnahmen vermitteln.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Im Zuge der Haushaltsplanberatungen zum Haushalt 2018/19 wurden dem Schulamt folgende Mittel zugewiesen, um den Sanierungsstau der Wiesbadener Schulen abzubauen und die schulische Situation nachhaltig zu verbessern:

Instandhaltungen:

2.390.000 € für das Haushaltsjahr 2018,
4.405.000 € für das Haushaltsjahr 2019.

Investitionen:

4.988.000 € für das Haushaltsjahr 2018,
8.221.000 € für das Haushaltsjahr 2019.

Im Bereich der Investitionen sollen folgende neuen Projekte zusätzlich zu den bereits laufenden Fortführungsmaßnahmen angestoßen werden:

- Neubau der Grundschule Breckenheim,
- Johannes-Maaß-Schule, zweiter Bauabschnitt,
- Grundschule Bierstadt, Erweiterung,
- Neubau Verwaltungsgebäude Gymnasium am Mosbacher Berg,
- Erweiterung der Martin-Niemöller-Schule,
- Erweiterung Brückenschule

Daneben wurden vier weitere Projekte dem Grunde nach beschlossen, die als Mietmodelle abgewickelt werden:

- Neubau der Fritz-Gansberg-Schule,
- Mensa und Erweiterungsbau Mittelstufenschule Dichterviertel/Hebbelschule,
- Erweiterungsbau Berufsschulzentrum,
- Campus Schierstein (große Lösung für die Hafenschule und die Kästner Schule)

Die Erfahrung aus dem erfolgreich abgeschlossenen Sonderkonjunkturprogramm zeigte, dass drei bis maximal vier Großprojekte durch eine Vollzeitkraft betreut werden können. Eine Stelle zur Koordination wurde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen bereits zugewiesen. Zwei weitere überplanmäßige VZÄ (Stellenwert E10/A11) sind zur Abarbeitung der Großprojekte zusätzlich erforderlich. Für den Bereich der Instandhaltungen wurden die zur Verfügung stehenden Mittel fast verdoppelt. Dies führt zu einem Bedarf von zwei weiteren VZÄ (Stellenwert E9/A9). Die Stellen werden zeitlich befristet sein. Das Controlling sowie alle Sekretariats- und Assistentenfunktionen werden im Rahmen der bestehenden Strukturen des Schulamtes sichergestellt.

Durch diese befristeten Stellenschaffungen werden keine Doppelstrukturen zu anderen Ämtern aufgebaut.

Die Vorfinanzierung aus Instandhaltungsresten erscheint vertretbar, da mit dem zusätzlichen Personaleinsatz neue Reste vermieden werden können.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wie bereits im erfolgreich abgeschlossenen Sonderkonjunkturprogramm dargestellt, gibt es keine Alternativen.

Wiesbaden, 12. März 2018

Imholz
Stadtrat